

Baden-Württemberg: Kommunen als OZG-Eigenentwickler

Die OZG-Taskforce, ein freiwilliger Zusammenschluss von mehr als 300 baden-württembergischen Kommunen, kritisiert die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes scharf. Hoffnung gibt ihnen ein Ansatz in ihrem Bundesland, der perspektivisch auch in weiteren Bundesländern Anklang finden könnte. Das glauben zumindest die Beteiligten.



von Tilman Baur

veröffentlicht am 21.02.2023

Hilfe zur Selbsthilfe – das ist der Ansatz, den viele Kommunen in Baden-Württemberg bei der Umsetzung des **Onlinezugangsgesetzes** (OZG) verfolgen. Weil lange Zeit zu wenige Informationen von Bund und Ländern in den Rathäusern vor Ort ankamen, schlossen sich Kommunen zusammen und bildeten die sogenannte **OZG-Taskforce**. Die Gruppe zählt mittlerweile **mehr als 300 Kommunen**. Im Dezember machte die Taskforce ihrem Ärger Luft und kritisierte die OZG-Umsetzung scharf. Fazit: Das OZG habe zwar frischen Wind in die Verwaltungsdigitalisierung gebracht, insgesamt funktioniere aber alles zu langsam oder geht sogar in die falsche Richtung.

Seit Jahren ein eingespieltes Team

Doch zuerst zurück zum Start. Bereits vor fünf Jahren begannen die ersten Mitglieder der Taskforce, sich einmal **wöchentlich** zu treffen. Mit **zehn Kommunen** fing es an. Die Treffen dienten dem informellen Austausch. Das OZG ist **hochkomplex**: Zum einen, weil unglaublich viele Akteure – von Bund und Ländern über öffentliche IT-Dienstleister und tausende Kommunen – an der Umsetzung beteiligt sind und laufend **großer Abstimmungsbedarf** bestehend, zum anderen, weil die IT-Systeme der Bundesländer nicht wirklich miteinander kompatibel sind und es deshalb auch **technische Herausforderungen** gibt.

Die baden-württembergische OZG-Taskforce wächst vor allem seit der Pandemie stark, erzählen die Beteiligten. Um den Austausch weiter zu vertiefen, hat die direkt an Stuttgart angrenzende Stadt **Fellbach** sogar ein eigenes **Online-Forum** (<https://www.ozg-forum.de/>) eingerichtet. Es dient als

zentrale **Informationsplattform für Kommunen**. Dort organisiert die Gruppe ihre Meetings und beantwortet Fragen von Mitgliedern.

Akteure halten das OZG für falsch konzipiert

Tagesspiegel Background hat einige Akteure getroffen, die Teil der Initiative sind. Im Gespräch präzisieren sie ihre Kritik an der aktuellen OZG-Umsetzung. Das Gesetz sei schon **ursprünglich falsch konzipiert** worden, lautet der Tenor. „Man zäumt das Pferd von hinten auf“, sagt etwa **Saskia Wehrle**, Sachgebietsleiterin Organisation und Verwaltung im oberschwäbischen Ravensburg. Als Beispiel nennt **Tanja Leder**, Mitglied des Teams E-Government im neu gegründeten Amt für Digitalisierung, Organisation und IT der Landeshauptstadt Stuttgart, das „**Einer für Alle**“-**Prinzip** (EfA). Es schreibt vor, dass jeweils ein Bundesland arbeitsteilig Online-Anträge für bestimmte Themengebiete entwickelt und alle anderen Bundesländer die **fertigen Services nachnutzen** können.

Das OZG und die Anforderungen an die EfA-Leistungen habe der Gesetzgeber aber erst definiert, nachdem die Länder bereits ihre **Service-Plattformen** und damit eigene IT-Infrastrukturen für ihre Verwaltungen aufgebaut hätten. „Dabei hätte es **genau andersherum laufen** sollen“, sagt Leder. Nun habe man das Problem, dass die meisten Plattformen technisch nicht zusammenpassen, weil **verschiedene IT-Dienstleister** sie entwickelt haben. Das erschwert das EfA-Prinzip, weil es nicht so einfach ist, länderübergreifend Software zu teilen und nachzunutzen.

„Es wäre wünschenswert gewesen, dass es von Anfang an eine **bundeseinheitliche Plattform** gibt“, sagt **Robert Geist**, Koordinator für Digitalisierung in Waiblingen. Österreich mache es zum Beispiel vor, meint **Tobias Märterer**, Leiter der digitalen Verwaltung in **Fellbach**. Im Nachbarland könnten Bürger:innen alle wichtigen Verwaltungsleistungen über ein zentrales Portal namens *BRZ Portal Austria* (<https://www.portal.at/pat/loginform?TARGET=https://secure.portal.at/pat/&SMQUERYDATA=&SMAUTHREASON=o>) nutzen – unabhängig davon, ob es sich um eine Leistung der Gemeinde, des Bundeslandes oder des Bundes handelt.

Deutschland tue sich da schwerer. Es sei bereits kompliziert, einheitliche Lösungen zu finden, damit Nutzer sich gegenüber der Verwaltung **digital authentifizieren** können, so Märterer: „Wir haben die Bundes-ID, die Landes-ID, das Elster-Unternehmenskonto – es müsste bundesweit ein **einheitliches Verfahren** geben.“ Eine Baustelle, die zumindest bei der aktuell vorgesehenen Weiterentwicklung des Gesetzes, behoben werden soll (*Tagesspiegel Background berichtete* (<https://background.tagesspiegel.de/smart-city/nimmt-das-ozg-2-o-langsam-formen-an>)). Künftig soll das Angebot des Bundes gesetzlich verpflichtet sein. Das Land **Nordrhein-Westfalen** hat Anfang Februar bereits einen Schritt in diese Richtung unternommen und *bekannt gegeben* (<https://background.tagesspiegel.de/smart-city/nordrhein-westfalen-wechselt-zum-nutzerkonto-bund>), künftig auf das Nutzerkonto des Bundes (*Bund ID* (<https://id.bund.de/de/eservice/konto>)) setzen zu wollen.

EfA-Prinzip als Hemmschuh?

Felix Rolf Bossner, stellvertretender Leiter der Stabsstelle Digitalisierung in **Esslingen**, sieht zudem weiterhin Probleme mit dem EfA-Prinzip in der praktischen Anwendung. Er führt den **digitalen Bauantrag** als Beispiel dafür an. Die EfA-Leistung für den Online-Bauantrag, also den „offiziellen“ OZG-Service, entwickelt **Mecklenburg-Vorpommern**, das im OZG-Themenfeld **„Bauen & Wohnen“** federführend ist (*lesen Sie hier ein Interview mit der Landesverantwortlichen (<https://background.tagesspiegel.de/smart-city/wenn-wir-uns-nicht-aendern-verbrennen-wir-talente>)*). In Baden-Württemberg implementiert der **Rems-Murr-Kreis** derzeit den digitalen Service als Pilotprojekt.

Bossner will den EfA-Service aber gar nicht. „Für uns Kommunen bedeutet das einen Rückschritt, weil wir wieder mit einer anderen Plattform arbeiten müssen“, sagt er. Aus Sicht der Taskforce sei der ganze Prozess unnötig, weil es im Südwesten Baden-Württembergs bereits einen **fertigen digitalen Bauantrag** gebe. Zudem orientiere sich der Antrag aus Mecklenburg-Vorpommern an der dortigen **Landesbauordnung**, die sich von jenen der anderen Bundesländer unterscheide.

Das EfA-Prinzip zwischen den Ländern ist aus Sicht der OZG-Taskforce nicht zielführend. Und **teuer**, weil **Beratungsfirmen** sowohl für die Entwicklung eines Antrags in einem Bundesland als auch für dessen Nachnutzung in anderen Ländern herangezogen würden. Vor allem aber sei es zu aufwändig, weil es durch den IT-Flickenteppich in der deutschen Verwaltung immer noch **keine einheitlichen Standards und Schnittstellen** gibt.

Auch an der mangelnden Priorisierung der OZG-Leistungen übt das Bündnis Kritik. Anstatt sich zunächst auf die Entwicklung der nachgefragtesten Dienste zu konzentrieren, habe man einen riesigen Katalog vorgegeben. „Es gibt OZG-Leistungen wie die **Wiederaufrichtung eines bereits abgebauten Grabmals**. Diese Leistung ist auch auf Papier noch nie beantragt worden“, sagt Bossner.

Hoffnungen beruhen auf OZG-Hub

Die Taskforce-Mitglieder setzen große Hoffnungen in den **OZG-Hub** (<https://www.ozg-hub.de/>). Dabei handelt es sich um eine Initiative der Länder Sachsen und Baden-Württemberg sowie des privaten IT-Dienstleisters **Seitenbau** (<https://www.seitenbau.com/>). Die Idee dahinter ist folgende, wie Seitenbau-Chef **Stefan Eichenhofer** erklärt: „Der OZG-Hub ist eine **Low-Code-Plattform** auf Basis von Open Source, mit der Verwaltungen niederschwellig selbst Online-Anträge auf Basis standardisierter Bausteine entwickeln können.“ Das Portal setzt dabei auf **einheitliche Komponenten** wie die **Bund ID** (Authentifizierung) oder **Fit-Connect** (Datenübertragung). „Das soll die Brücke zur Infrastruktur des Bundes darstellen“, so Eichenhofer. Mit dem öffentlichen IT-Dienstleister **Dataport**, der sechs Bundesländer betreut, und der Föderalen IT-Kooperation (**Fitko**) gebe es ebenfalls bereits engen Kontakt, um die Übertragbarkeit auf deren Systeme sicherzustellen. Zudem wird ein **neutrales**

Design angeboten, das jeweils auf die eigene Verwaltung angepasst werden kann.

Die entwickelten Services werden zusammen mit dem Kooperationspartner Sachsen getestet und abgenommen und laufen in einem **öffentlichen Rechenzentrum** des landesweiten, kommunalen IT-Dienstleisters **Komm-One**. „Wir liefern nur die Plattform, auf der die Dienste gebaut werden können“, so Eichenhofer. Der Vorteil des ganzen Systems sei es, dass sich zum Beispiel Kommunen nur noch darum kümmern müssten, wie sie einen Dienst implementieren und anbieten. „Alles andere wie Authentifizierung, **Bezahlfunktionen** oder rechtliche Fragen sind beim OZG-Hub bereits einheitlich geklärt.“ ()

()

()

Die **Taskforce** entwickle ihre Dienste konsequent auf Basis des OZG-Hubs, sagt der Waiblinger Digitalisierungskoordinator Robert Geist. Mehr als **300 Services** seien so bereits entstanden. „Und das ohne Hilfe eines externen IT-Dienstleisters“, betont Geist. Weil die Entwicklung im Rahmen des Bündnisses so unkompliziert und schnell verlaufen sei, habe man mittlerweile auch viele **EfA-Leistungen** umgesetzt, für die eigentlich die Komm-One zuständig sei. „Hätten wir das nicht getan, würden wir heute noch auf die Leistungen warten. Wir haben einfach nach unserem Bedarf entwickelt“, sagt Geist. Von Vorteil sei der enge Austausch innerhalb des Bündnisses auch deshalb, weil so doppelte Arbeit vermieden würde. Die **regelmäßigen Treffen** führten dazu, dass die Kommunen stets wüssten, wer woran arbeite, glaubt Geist. „Wir programmieren, entwickeln und schicken die Dienste ans **Landesrechenzentrum**.“

Das **Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen**, das in Baden-Württemberg für die OZG-Umsetzung zuständig ist, unterstütze die Entwicklungen in Eigenregie der OZG-Taskforce nach **anfänglichem Widerstand** mittlerweile, heißt es. Das Ressort habe dafür gesorgt, dass die Anträge auf der Plattform **Service-BW** live gehen und von anderen Kommunen im Land nachgenutzt werden können. „Das hat dafür gesorgt, dass wir weiter sind als andere Bundesländer und mittlerweile für fast jede OZG-Leistung einen Antrag haben“, so Felix Rolf Bossner aus der Esslinger Stabstelle Digitalisierung.

Dass der OZG-Hub zur einzigen bundesweit genutzten Plattform wird, wie manche innerhalb der OZG-Taskforce wünschen, würde Seitenbau-Chef Eichenhofer zwar unterstützen, glaubt er aber nicht: „Aus meiner Sicht ist eine einzige bundeseinheitliche Plattform nicht zwingend nötig, es würde schon reichen, wenn es ein **einheitliches Architekturbild** gibt.“ Eichenhofer sieht auch Potenzial in der Zusammenarbeit mit Hamburg. Dort betreibt die Verwaltung die Low-Code-Plattform „**Modul F**“ (*Tagesspiegel Background berichtete (<https://background.tagesspiegel.de/smart-city/low-code-wie-gross-ist-das-potenzial>)*), die anders als der OZG-Hub dafür genutzt wird, um **Fachverfahren** und das Backend zu digitalisieren. „Der OZG-Hub kümmert

sich um das Angebot für die Bürger, das Modul F um die verwaltungsinternen Prozesse, mit Fit-Connect haben wir einen Standard für die Datenübertragung – wenn wir dann noch **einheitliche Authentifizierungs- und Postfachlösungen** haben, greift das alles sehr schnell ineinander“, glaubt der Seitenbau-Chef. *mit Matthias Punz*